



Kinderreport Deutschland 2018

RECHTE VON KINDERN IN DEUTSCHLAND

Zusammenfassung



Erhebung und Untersuchungsdesign

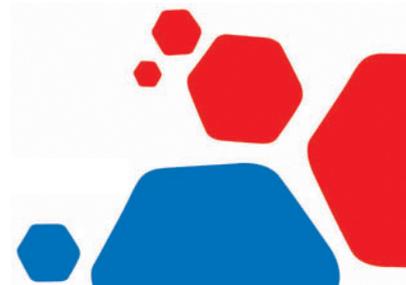
Für den Kinderreport 2018 wurden im November/Dezember 2017 im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes vom Politikforschungsinstitut Kantar Public zwei Umfragen durchgeführt, eine unter Kindern und Jugendlichen (10- bis 17-jährige) und eine unter Erwachsenen (ab 18-jährige). Befragt wurden 1.621 Personen, davon 620 Kinder und Jugendliche sowie 1.001 Erwachsene. Die Umfrage unter den Kindern und Jugendlichen wurde wie bereits in den Vorjahren als Online-Befragung durchgeführt, der Erhebungszeitraum erstreckte sich vom 27. November bis 3. Dezember 2017. Die Befragung der Erwachsenen wurde wiederum als repräsentative, telefonische Bevölkerungsumfrage konzipiert. Der Erhebungszeitraum für die Erwachsenenumfrage erstreckte sich vom 27. bis 30. November 2017.

Durch die parallele Befragung von Erwachsenen und Kindern wirft der Kinderreport in jährlichem Rhythmus einen Blick auf die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland. Zusätzlich erfolgt bei jedem Kinderreport eine vertiefte Auseinandersetzung mit einem Schwerpunktthema, das nur im betreffenden Jahr abgefragt wird.

Inhaltliche Kernthemen der Befragungen stellten – wie in den vergangenen Jahren – die Bekanntheit von Kinderrechten, Gründe für Kinderarmut sowie Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in Deutschland dar. Die Fragestellungen für diese Themenkomplexe wurden im Wesentlichen aus den Vorjahren übernommen. Die Formulierungen der Fragen für die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen wurden dem Verständnis dieser Altersgruppe angepasst.

Themenschwerpunkt des diesjährigen Kinderreports ist die Kinderarmut in Deutschland. Damit kann neben den jährlich abgefragten Gründen für Kinderarmut ein vertiefender Blick auf diesen kinder- und familienpolitisch wichtigen Bereich geworfen werden. Im Einzelnen wurde abgefragt, wie die Aktivitäten von Staat und Gesellschaft bewertet werden, um Kinderarmut in Deutschland zu bekämpfen und welche Unterstützungsmaßnahmen für einkommensschwache Familien mit Kindern für sinnvoll erachtet werden. Schließlich wurde erhoben, ob die Befragten dazu bereit wären, mehr Steuern zu zahlen, wenn damit das Problem der Kinderarmut in Deutschland wirkungsvoll bekämpft werden könnte.

Die Fehlertoleranz der Umfrage bei den Kindern und Jugendlichen liegt mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit bei unter 1,7 (bei einem Anteilswert von 5 Prozent) bzw. 4,0 Prozentpunkten (bei einem Anteilswert von 50 Prozent), die bei den Erwachsenen bei unter 1,4 (bei einem Anteilswert von 5 Prozent) bzw. 3,1 Prozentpunkten (bei einem Anteilswert von 50 Prozent).



Bewertung der Aktivitäten von Staat und Gesellschaft zur Bekämpfung der Kinderarmut

Die erwachsenen Befragten stellen Staat und Gesellschaft in dieser Frage ein eher schlechtes Zeugnis aus. Lediglich 5 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass „sehr viel“ getan wird, für 19 Prozent wird „eher viel“ getan. Knapp drei Viertel beurteilen die Aktivitäten von Staat und Gesellschaft hingegen eher negativ. Für 58 Prozent wird „eher wenig“ und für 14 Prozent sogar „sehr wenig“ in dieser Hinsicht getan.

Die befragten Kinder und Jugendlichen kommen zu ähnlichen Einschätzungen wie die Erwachsenen. Für 3 Prozent wird „sehr viel“ und für 20 Prozent wird „eher viel“ von Staat und Gesellschaft getan, um die Kinderarmut zu bekämpfen. Auch hier überwiegt mit 66 Prozent („eher wenig“) bzw. 11 Prozent („sehr wenig“) der Anteil derer deutlich, die die Maßnahmen als unzureichend sehen.

Politische Schlussfolgerungen

Positiv ist zu vermerken, dass ein hohes gesellschaftliches Problembewusstsein angesichts der anhaltend großen Kinderarmut in Deutschland festzustellen ist. Dieses übersetzt sich bisher jedoch nicht in entsprechende politische Schwerpunktsetzungen und Handlungen. Daraus ergibt sich aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes ein klarer Handlungsauftrag an die Politik, endlich wirksame und umfassende Maßnahmen gegen die Kinderarmut in Deutschland zu ergreifen.

In den letzten Jahren wurden zwar geringfügige Erhöhungen bei Kindergeld, Kinderzuschlag und Kinderregelsätzen sowie eine lange überfällige Reform des Unterhaltsvorschlusses auf den Weg gebracht. Nach wie vor zeichnet sich das deutsche Familienleistungssystem jedoch durch seine komplexen Anrechnungs- und Schnittstellenproblematiken sowie hohe bürokratische Hürden aus, durch die Leistungen häufig an den Anspruchsberechtigten vorbeigehen. Auch werden Familien mit höheren Einkommen nach wie vor stärker entlastet, als solche mit niedrigerem Einkommen.

Das Deutsche Kinderhilfswerk sieht dementsprechend eine der größten politischen Herausforderungen darin, die Kinderarmut in Deutschland nicht nur durch ein umfassendes Maßnahmenpaket anzugehen, sondern diese Maßnahmen in eine ressortübergreifende Gesamtstrategie zwischen Bund, Ländern und Kommunen einzubetten. Eine solche Gesamtstrategie sollte das Ziel haben, Kinder und ihre Familien einerseits materiell ausreichend abzusichern und andererseits gleiche Bildungs- und Teilhabechancen durch eine entsprechende hochwertige Infrastruktur sowie gesunde und partizipative Lebensbedingungen zu schaffen.



Gründe für Kinderarmut

Die wesentliche Ursache für Kinderarmut sind nach Einschätzung der Bevölkerung geringe Einkommen in Deutschland. 84 Prozent der Erwachsenen („Trifft voll und ganz zu“ und „Trifft eher zu“) und 94 Prozent der Kinder und Jugendlichen erachten die Einkommenssituation als Hauptgrund für Kinderarmut.

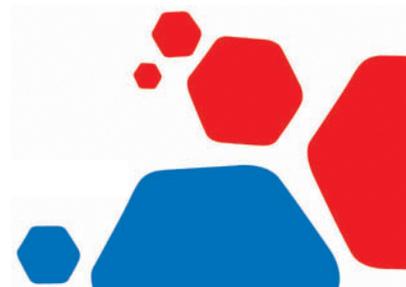
Neben den geringen Einkommen wird Kinderarmut in Deutschland aus Sicht der Kinder und Jugendlichen außerdem dadurch begünstigt, dass das Thema von der Politik vernachlässigt wird: 90 Prozent sind der Ansicht, dass sich Politikerinnen und Politiker zu wenig um dieses Problem kümmern. Etwa ebenso viele Kinder und Jugendliche (89 Prozent) sehen eine zu geringe Unterstützung von Alleinerziehenden als ursächlichen Faktor für Kinderarmut in Deutschland an. Gut zwei Drittel (68 Prozent) sehen Kinderarmut darin begründet, dass arme Kinder zu wenig unterstützt werden, um einen guten Bildungsabschluss und damit einen Beruf zu bekommen. Dass wirtschaftliche Gründe eine zentrale Rolle spielen und sich Deutschland mehr Unterstützung für arme Kinder nicht leisten kann, glaubt lediglich ein Viertel (26 Prozent). 74 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind gegenteiliger Auffassung.

Die Einschätzung der Erwachsenen ähnelt im Wesentlichen dem Meinungsbild der Kinder und Jugendlichen. Neben zu geringen Einkommen halten es gut vier Fünftel (81 Prozent) für zutreffend, dass eine unzureichende Unterstützung von Alleinerziehenden Kinderarmut begünstigt. Fehlende Bildungschancen für arme Kinder (78 Prozent) und ein unzureichendes Engagement der Politik (73 Prozent) beurteilen immer noch deutliche Mehrheiten als wichtige Einflussfaktoren für Kinderarmut hierzulande. Dass die wirtschaftliche Lage Deutschlands mehr Unterstützung nicht gestattet, glaubt hingegen nur eine Minderheit von 32 Prozent, hier sind 63 Prozent gegenteiliger Auffassung.

Politische Schlussfolgerungen

Das Deutsche Kinderhilfswerk sieht in Bezug auf die genannten Gründe für Kinderarmut verschiedene Ansatzpunkte. Viele Tätigkeiten, insbesondere solche für gering qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, darunter überdurchschnittlich viele von Frauen ausgeübte Berufe, müssen besser bezahlt werden oder von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen stärker befreit werden. Weiterhin gilt es, das deutsche Steuersystem, das sich nach wie vor stark an der Alleinverdiener-Ehe orientiert, stärker in die Richtung einer familien- bzw. kinderfördernden Perspektive weiterzuentwickeln. Zudem müssen Ein-Eltern-Familien politisch endlich stärker in den Blick genommen werden. Da ausreichend bezahlte Arbeit der beste Weg aus der Armut ist, braucht es neben einer besseren Bezahlung flächendeckend Hilfen beim Wiedereinstieg nach der Elternzeit, Weiterbildungsangebote und ein qualitativ hochwertiges Betreuungssystem in Schule und Kita mit flexiblen Öffnungszeiten.

Es gilt aber auch, bei den Anrechnungsregelungen und der Entbürokratisierung von Leistungen anzusetzen, da sich Alleinerziehende einem besonders komplizierten Geflecht staatlicher Leistungen und damit Anrechnungslogiken gegenüber sehen. Eine existenzsichernde Leistung aus einer Hand, wie das Bündnis Kindergrundsicherung, dem unter anderem das Deutsche Kinderhilfswerk angehört, sie fordert, würde dagegen Abhilfe schaffen und eine Existenzsicherung für alle Kinder garantieren. Ziel muss es auch sein, allen Kindern den Zugang zu Bildung chancengerecht und unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern zu gewährleisten. Hierfür müssen dringend die Bildungsinstitutionen in Deutschland in ihrer Verantwortung gestärkt werden. Dafür braucht es ein bundeseinheitliches kostenloses Ganztags-Bildungssystem mit gut qualifiziertem Personal, das Kinder nach ihren individuellen Bedarfen fördert und nach oben hin durchlässig für alle Kinder ist.



Bekämpfung von Kinderarmut

Bei der Frage, wie die Kinderarmut in Deutschland bekämpft werden sollte, fordert ein Großteil der Erwachsenen eine umfassende Veränderung politischer Rahmenbedingungen. Als Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut werden vor allem gefordert, einkommensschwache Familien und deren Kinder mit Lehrmittelfreiheit (94 Prozent), kostenfreien Beteiligungsmöglichkeiten an Bildung, Kultur und Sport (87 Prozent) sowie kostenlosen Ganztagsbetreuungen in Schulen und Kitas (87 Prozent) sowie kostenfreiem Essen in Schule und Kita (84 Prozent) zu unterstützen. Sehr stark verbreitet ist auch die Forderung, in Schulen und Kitas mehr Fachkräfte und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter (93 Prozent) einzusetzen, die sich um benachteiligte Kinder kümmern, ebenso wird mehr Beratung, zum Beispiel in staatlichen Einrichtungen (84 Prozent), als wichtig erachtet. Auch wenn sich noch eine große Mehrheit der Bevölkerung dafür ausspricht: Am geringsten sind die Zustimmungswerte hinsichtlich einer Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder (72 Prozent) und Erhöhungen des staatlichen Kindergeldes (72 Prozent) als wirksame Unterstützungen.

Auch bei den befragten Kindern und Jugendlichen gibt es durchgehend sehr hohe Zustimmungswerte zu den einzelnen Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland. Besonders favorisiert werden hier die Lehrmittelfreiheit (97 Prozent), mehr Fachkräfte und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die sich um benachteiligte Kinder kümmern (93 Prozent) sowie kostenfreies Essen in Schule und Kita (92 Prozent). Aber auch eine Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder (92 Prozent), kostenlose Ganztagsbetreuungen in Schulen und Kitas (91 Prozent) und eine Erhöhung des Kindergeldes (89 Prozent) werden überdurchschnittlich oft befürwortet. Daneben werden Gutscheine für Bildung, Kultur, Sport und Freizeit (86 Prozent) bzw. kostenfreie Beteiligungsmöglichkeiten an Bildung, Kultur und Sport (85 Prozent) als wirksame mögliche Unterstützungen bewertet.

Politische Schlussfolgerungen

Aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes gilt es in erster Linie, Armut vor allem dadurch zu vermeiden, dass entsprechende arbeitsmarktpolitische Rahmenbedingungen für Familien in ihren vielfältigen Konstellationen geschaffen und Eltern in die Lage versetzt werden, die ökonomische Existenz ihrer Familie durch Erwerbsarbeit zu bestreiten.

Wenn Eltern dies jedoch nicht können, muss der Staat Kinder materiell absichern und ihre Teilhabe an der Gesellschaft gewährleisten. Die Zusammenführung von Kindergeld und Kinderzuschlag bei gleichzeitiger Anhebung der Kombileistung ist aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes ein sinnvoller erster Schritt zur Vereinfachung des Systems. Weiterhin gilt es aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes die Kinderregelsätze möglichst zügig auf ein armutsfestes Niveau anzuheben. Grundsätzlich setzt sich das Deutsche Kinderhilfswerk für die Einführung einer Kindergrundsicherung ein, die das Existenzminimum von Kindern unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten der Familie, der Familienform und dem bisherigen Unterstützungssystem gewährleistet.

Darüber hinaus setzt sich das Deutsche Kinderhilfswerk dafür ein, ein Bundeskinderteilhabegesetz (BKThG) zu schaffen, das Kindern und Heranwachsenden aus Familien in prekären Lebenslagen einen besonderen Rechtsanspruch auf Förderung und Teilhabe gibt, bundeseinheitliche Standards setzt und Fachgesetze für mehr Teilhabe und effektive Armutsprävention systematisch ändert und ergänzt.



Erhöhung von Steuern zur Bekämpfung der Kinderarmut

Auch wenn Steuern als öffentlich-rechtliche Abgaben zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs dienen, und damit im Gegensatz zu Gebühren und Beiträgen nicht aufgabenbezogen und zweckgebunden verwendet werden, wurde im Rahmen des Kinderreports die – damit eher fiktive – Bereitschaft abgefragt, mehr Steuern zu zahlen, wenn damit das Problem der Kinderarmut in Deutschland wirkungsvoll bekämpft werden könnte.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Bereitschaft zu höheren Steuerzahlungen mit immerhin 64 Prozent der befragten Erwachsenen durchaus ausgeprägt ist. Damit liegt diese Zustimmungsrate nur knapp unter dem Niveau der Befragung aus dem Jahr 2013, als 66 Prozent diese Frage bejahten. Die deutlichsten Unterschiede gibt es hier bei den Zustimmungsraten entlang der politischen Lager. Dabei variiert die Zustimmung zwischen 81 Prozent bzw. 74 Prozent bei den Grünen und Linken-Anhängerinnen und -Anhängern, 67 Prozent bzw. 64 Prozent bei denen der SPD und der Union bis hin zu 61 Prozent bei der FDP. Am geringsten ist die Zustimmung bei der AfD, bei ihr sind als einziger im Bundestag vertretener Partei die Anhängerinnen und Anhänger mehrheitlich gegen entsprechende Steuererhöhungen (46 zu 53 Prozent).

Entlang des Konzeptes für den Kinderreport 2018 wurde die Frage nach der Befürwortung oder Ablehnung möglicher Steuererhöhungen zur Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland sprachlich angepasst und vereinfacht auch den Kindern und Jugendlichen gestellt. Das Ergebnis weicht deutlich von dem der Erwachsenen ab: Eine Steuererhöhung wird von einer Mehrheit der Kinder und Jugendlichen (27 Prozent dafür, 73 Prozent dagegen) abgelehnt. Diese stark gegenläufigen Befunde lassen jedoch vermuten, dass die Frage von den befragten Kindern und Jugendlichen anders interpretiert wurde als von den Erwachsenen. Ein inhaltlicher Vergleich dieses Ergebnisses wird daher nicht vorgenommen. Möglicherweise sind Kinder und Jugendliche mit dem Konzept von Steuern noch nicht hinreichend vertraut. Daher fällt es ihnen vermutlich schwer, sich vorzustellen, was eine Steuererhöhung konkret für ihre Eltern bedeutet, sodass sie Steuererhöhungen wegen der mangelnden Greifbarkeit eher ablehnen. Die Ergebnisse wären aber nur dann sinnvoll vergleichbar, wenn beide Befragtengruppen die Konsequenzen einer Steuererhöhung in ähnlicher Weise verstehen.

Politische Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen deutlich, dass das häufig vorgetragene Sparargument der politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger zumindest in Bezug auf kinderarmutsvermeidende Maßnahmen nicht trägt. Es gibt ganz im Gegenteil eine hohe Bereitschaft der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, der Kinderarmut in Deutschland durch eine Steuererhöhung zu begegnen.

Davon ausgehend gilt es aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes zwei Blickweisen stärker zu beachten. Zum einen: Politische Reformen und insbesondere solche mit hohen Mehrausgaben legen derzeit viel zu selten ihren Fokus auf armutsgefährdete Gruppen. Insbesondere von steuerbezogenen Leistungen, die progressiv ausgestaltet sind, profitieren jene, die sowieso schon mehr haben. Es gilt dementsprechend bei der Armutsbekämpfung ganz besonders die Zielgenauigkeit der Leistungen mit zu bedenken und laufend zu überprüfen. Zum anderen: Die Bedeutung des Themas Kinderarmut insgesamt sollte politisch deutlich gesteigert werden. Während die Diskussionen um Rentenerhöhungen oftmals die tagespolitische Debatte bestimmen, sind Maßnahmen gegen Kinderarmut selten Gegenstand von gesellschaftlichen Diskussionen – auch wenn sich erfreulicherweise der zurückliegende Bundestagswahlkampf des Themas stärker angenommen hat als der Wahlkampf vor vier Jahren.



Bekanntheit der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland

Seit dem Kinderreport 2017 haben die Bekanntheitsdefizite hinsichtlich der UN-Kinderrechtskonvention zugenommen. Nur noch 12 Prozent der befragten Erwachsenen, und damit 3 Prozent weniger als im letzten Jahr, kennen sich mit den in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschriebenen Kinderrechten gut aus. Eine große Mehrheit der Erwachsenen kennt Kinderrechte nach eigenen Angaben nur dem Namen nach (75 Prozent). Das sind 2 Prozent mehr als im letzten Kinderreport. Gleichzeitig ist der Wert der Befragten, die überhaupt nichts von der UN-Kinderrechtskonvention gehört oder gelesen haben, mit 12 Prozent gleich geblieben.

Bei den Kindern und Jugendlichen und damit den Betroffenen selbst sind die Werte ebenfalls zurückgegangen. Nur noch 16 Prozent und damit 2 Prozent weniger als im letzten Jahr kennen sich mit den Kinderrechten gut aus, 60 Prozent (unverändert zu 2017) kennen Kinderrechte nur vom Namen her. Und der Anteil derjenigen, die noch nichts von Kinderrechten gehört haben, ist von 22 auf 24 Prozent gestiegen.

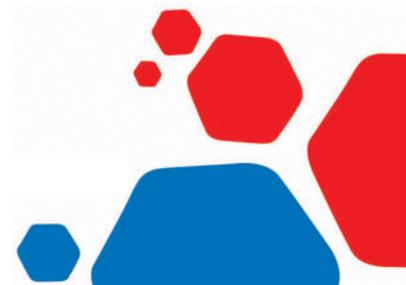
Politische Schlussfolgerungen

Aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes machen die Ergebnisse deutlich: Mehr als 25 Jahre nach der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland ist die Kenntnis der Kinderrechte leider noch lange keine Selbstverständlichkeit. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund besorgniserregend, dass Kinder und Jugendliche ihre Rechte kennen und verstehen müssen, um diese einzufordern und durchsetzen zu können.

Ziel muss es sein, endlich eine umfassende und anhaltende Bildungsoffensive in Sachen Kinderrechte umzusetzen, die Kinder wie Erwachsene erreicht. Für den Bildungsbereich gilt es, Kinderrechtebildung mehr als bisher in die Lehrpläne der Schulen bzw. Erziehungs- und Bildungspläne der Kitas verbindlich aufzunehmen. Gleichzeitig müssen methodische Ansätze für eine beteiligungs- und praxisorientierte Kinderrechtebildung gefördert und nachhaltig im Alltag von Bildungsinstitutionen verankert werden.

Darüber hinaus wird deutlich, dass insbesondere auch jüngere Kinder bei der Kinderrechtebildung stärker in den Fokus genommen werden sollten. Nach Ansicht des Deutschen Kinderhilfswerkes sollte flächendeckend bereits in der Kita mit geeigneten methodischen Ansätzen im Rahmen eines frühkindlichen Bildungskonzeptes angesetzt und dabei das Wissen über Kinderrechte altersgerecht und lebensnah vermittelt werden. Nicht zuletzt werden hiermit auch die Grundlagen demokratischer Kompetenzen gelegt.

Ziel einer Bildungsoffensive muss eine kontinuierliche Kinderrechtebildung über alle Bildungseinrichtungen und -typen hinweg sein. Dies gilt insbesondere auch für Kinder und Jugendliche aus armen Familien, die das Schwerpunktthema des diesjährigen Kinderreports sind. Gerade Kindern, die es aufgrund des gegliederten Schulsystems ohnehin häufig schwieriger haben, im Berufsleben anzukommen und sich in die Gesellschaft zu integrieren, sollte die Möglichkeit an die Hand gegeben werden, ihre Rechte einzufordern zu können. Dabei gilt, neben der Vermittlung von Wissen über die Kinderrechte, dass sich die Schulen in ihren Strukturen stärker für das Thema Kinderrechte öffnen und die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in ihren Gremien forcieren, um somit Kinderrechte direkt erlebbar zu machen.



Mehr Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche

Wenn es um mehr Mitbestimmungsrechte für Kinder und Jugendliche in Deutschland geht, sehen Kinder und Jugendliche selbst in fast allen Bereichen einen höheren Bedarf an Mitbestimmung als die Erwachsenen. Diese Tendenz ist seit Langem zu beobachten, so auch im letzten Kinderreport, und wird durch die aktuellen Zahlen eindrucksvoll bestätigt.

Betrachtet man die Kinder und Jugendlichen für sich, und fasst die Bereiche „sehr wichtig“ und „wichtig“ zusammen, messen die Befragten der Mitsprache im schulischen und familiären Umfeld den größten Stellenwert zu. Mit jeweils 96 Prozent und damit fast identisch wie bereits in den Kinderreporten 2016 und 2017 plädieren die Kinder und Jugendlichen dafür, in der Schule und in der Familie mehr mitbestimmen zu können. Mit deutlichem Abstand folgen die Bereiche der Sport-, Kultur- und Freizeitvereine (86 Prozent) und auch der Wunsch nach mehr Mitbestimmungsrechten in Deutschland insgesamt (79 Prozent). Schlusslicht ist wie in den Vorjahren die Forderung nach mehr Mitbestimmungsrechten in Kitas mit lediglich 42 Prozent.

Die befragten Erwachsenen favorisieren mehr Mitbestimmungsrechte für Kinder und Jugendliche im Bereich der Sport-, Kultur- und Freizeitvereine (83 Prozent), in der Familie (81 Prozent) und in der Schule (79 Prozent). Deutlich dahinter folgen mehr Mitbestimmungsrechte in Deutschland insgesamt (70 Prozent). Schlusslicht ist wie bei den Kindern und Jugendlichen die Forderung nach mehr Mitbestimmungsrechten in Kitas (44 Prozent).

Politische Schlussfolgerungen

Beteiligungsrechte sind eng mit dem Kindeswohl verbunden, da sie der Feststellung der kindlichen Interessen dienen. Nur durch den Einbezug der Meinung von Kindern kann ihr Lebensumfeld in einer Weise gestaltet werden, die ihrem Wohl und nicht vorrangig den Vorstellungen der Erwachsenen davon entspricht. Gerade Mitbestimmung hat zudem für die Entwicklung demokratischer Kompetenzen eine entscheidende Bedeutung: Denn wer früh beteiligt wird, beteiligt sich auch später an gesellschaftlichen und demokratischen Prozessen. Dafür müssen wir Kindern und Jugendlichen jedoch Räume für echte Partizipation eröffnen.

Dementsprechend sollte Partizipation zuvorderst in der Familie erfahrbar und erlebbar gemacht werden, indem Kinder von ihren Eltern in Entscheidungen einbezogen werden, Aushandlungsprozesse kennenlernen und die Erfahrung machen, dass ihre Meinung berücksichtigt wird. Zusätzlich ist es auch eine politische Aufgabe, Eltern – beispielsweise durch Angebote der politischen Bildung – bei der Demokratieerziehung in der Familie zu unterstützen.

Das Schulsystem in Deutschland ist vielerorts noch durch autoritäre Strukturen geprägt. Auch wenn sich vieles gewandelt hat, weist die starke Zustimmung der Kinder und Jugendlichen für eine stärkere Mitbestimmung in der Schule darauf hin, dass es hier noch viel Luft nach oben gibt. Dabei geht es nicht nur um partielle Mitbestimmung, sondern vielmehr um eine demokratische Schulkultur als Ganzes, die Mitbestimmung der Kinder und Jugendlichen etwa bei der Wahl der Unterrichtsinhalte, der Unterrichtsmethoden und der Bewertung forciert.

Zudem gilt es, der Forderung von Kindern nach mehr Mitbestimmungsrechten in ihrem Lebensumfeld nachzukommen und dafür insbesondere Beteiligungsmöglichkeiten in den Landes- und Kommunalverfassungen verbindlich zu verankern.

